

# **Positionspapiere**

verabschiedet von den Delegierten am dritten Kongresstag vom 26. Februar 2022

## Positionspapier 1 (Gute Arbeit, sichere Beschäftigung und Renten)

### «Starke Arbeitnehmerrechte – für alle gleich!»

Die Profitlogik des Kapitalismus und die daraus folgende Ausbeutung der Arbeitskraft haben schwerwiegende Folgen. Sie ist verantwortlich für soziale Ungleichheit, Armut trotz Lohnarbeit und Unsicherheit. Lohndruck, prekäre Arbeitsverhältnisse, diskriminierende Aufenthaltsrechte, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit drängen immer mehr Arbeitnehmende an den Rand der Gesellschaft. Bestehende Arbeitnehmer-Rechte werden angegriffen oder ignoriert. Rechte Parteien fördern die Spaltung und Entsolidarisierung der Arbeitnehmenden und verbreiten fremdenfeindliche Ideologien.

Die Covid-Pandemie und ihre Folgen haben gezeigt, wie prekäre Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen die Gesellschaft schwächen und für Krisen anfälliger machen. Wir Gewerkschaften treten dieser Entwicklung entschlossen entgegen. Wir kämpfen für gute Arbeit und soziale Sicherheit. Wir stehen ein für die Würde der Menschen und ihr Bedürfnis nach Sicherheit und Anerkennung.

Wir fordern:

- **Beschäftigung vor Profit!** Arbeitslosigkeit sowie Unterbeschäftigung sind inakzeptabel und müssen wirksam bekämpft werden. Wirksame Fördermassnahmen und Beschäftigungshilfen müssen Vollbeschäftigung und eine krisenfeste Existenzsicherung sicherstellen.
- **Mehr Rechte für die Arbeitnehmenden:** Löhne statt Grenzen schützen! Nur wirksame Arbeitnehmerrechte, die für alle unabhängig von ihrer Herkunft gelten, können würdige Arbeitsbedingungen und Löhne sichern. Dazu gehören:
  - Allgemeinverbindliche GAV mit flächendeckenden Mindestlöhnen von mindestens 4000 Franken und mit einem 13. Monatslohn. Hierfür lancieren wir wo immer möglich kantonale oder kommunale Volksinitiativen.
  - AVE für GAV erleichtern, insbesondere Senkung des verlangten Verbandsquorums auf unter 50%, wenn mehr als 50% der unterstellten Mitarbeitenden am GAV beteiligt sind.
  - Mehr und effizientere Kontrollen in den Unternehmen gegen Lohndumping und Missbräuche gegen das Gleichstellungsgesetz nach dem Modell der paritätischen Kontrollen in den Genfer Unternehmen und abschreckende Sanktionen gegen fehlbare Arbeitgeber.
  - Gesundheitsschutz ist ein öffentliches Gut – gerade auch in der Arbeitswelt. Die Pandemie hat aber gezeigt, dass die Gesundheit der Arbeitnehmenden weniger gilt als die Interessen der Unternehmen. Für einen besseren Schutz braucht es darum starke, in GAV und Arbeitsgesetz verankerte Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Arbeitnehmenden und ihrer Vertretungen besonders im Hinblick auf eine sichere und gesundheitsschonende Arbeitsorganisation.
  - Ein echter und verlängerter Kündigungsschutz für alle Arbeitnehmenden insbesondere auch gegen Massenentlassungen und betriebsbedingte Kündigungen; dabei sollen die besonderen Risiken exponierter Arbeitnehmergruppen besonders abgesichert werden: für Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub bzw. Eltern nach der Elternzeit (Erweiterung des Kündigungsschutzes nach dem Mutterschaftsurlaub auf sechs Monate), für ältere Arbeitnehmende über 50 Altersjahren (Verdoppelung der heutigen Kündigungsfristen auf zwei, vier und sechs Monate), für Migrant:innen, Whistleblower, Gewerkschaftsdelegierte,

Personalvertreter sowie an einem Arbeitskampf beteiligte Arbeitnehmende. Missbräuchliche Kündigungen sollen nichtig sein und ein Recht auf Wiedereingliederung oder nach Wunsch der Betroffenen auf Entschädigung in der Höhe von zwei Jahresgehältern nach sich ziehen.

- **Gute Arbeit für alle!** Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeitsbedingungen und Löhne, die ein Leben in Würde ermöglichen. Wir fordern ein Recht auf Festanstellung, ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit und planbare Arbeitszeiten für alle Beschäftigten. Scheinselbständigkeit – auch in ihren neuen digitalen Formen – darf nicht akzeptiert werden. Arbeit auf Abruf muss verboten, Leiharbeit eingeschränkt und Arbeit im Home-Office gesetzlich geregelt und Jobs der «Plattformökonomie» den normalen Arbeitsverhältnissen gleichgestellt werden. Die Rechte von Auszubildenden sowie von Arbeitnehmenden in Praktikas sind besonders zu schützen. Zahl und Dauer von Praktika sind zu beschränken.
- **Für eine echte Demokratisierung der Arbeitswelt:** Die Arbeitnehmenden müssen über partizipative Prozesse in Entscheidungen miteinbezogen werden.
- **Sozialer Ausgleich auch in der Altersvorsorge.** Ein Leben in Würde muss auch nach Beendigung des Arbeitslebens gesichert sein. Hierfür streben wir als ersten Schritt eine 13. AHV-Rente an. Wir bekämpfen jede Erhöhung des Rentenalters und fordern eine Herabsetzung des Rentenalters für alle. Zudem fordern wir
  - ein Recht auf Frühpensionierung mit sozialem Ausgleich in allen besonders fordernden Berufen und nach spätestens vierzig Arbeitsjahren (Erziehungs- bzw. Pflegejahre werden angerechnet),
  - die Erhöhung der AHV-Renten auf 1400 bis 2800 Franken als nächsten Schritt zu einer wirklich existenzsichernden Altersvorsorge,
  - die Stärkung der AHV gegenüber der zweiten und insbesondere der dritten Säule und ein Bezugsrecht unabhängig vom Wohnort,
  - die Einführung von Elementen des Umlageverfahrens mit einer sozialen Umverteilungskomponente in die zweite Säule und die Abschaffung aller dort bestehender Diskriminierungen bezüglich Geschlechts, Gender, Alters und Arbeitspensums.
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort:** Der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmenden in der Schweiz, unabhängig ihrer Nationalität, muss ausgebaut werden. Die Personenfreizügigkeit und die flankierenden Massnahmen (FlaM) gehören untrennbar zusammen. Ein künftiges Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union muss den Lohnschutz zwingend respektieren.

## Positionspapier 2 (Gute Arbeit für alle, Gleichstellung, Vereinbarkeit)

### «Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit!»

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist ein Menschenrecht. Arbeit und soziale Pflichten müssen für alle Menschen vereinbar sein. Elternschaft darf kein Hindernis für eine berufliche Karriere darstellen. Die Covid-Krise hat gezeigt, wie stark unsere Gesellschaft von der unbezahlten Care-Arbeit und der schlecht bezahlten, oft von Frauen geleisteten Arbeit in essenziellen Dienstleistungsberufen abhängig ist. Diese Arbeit muss endlich gewürdigt und gerecht entschädigt werden.

Wir fordern:

- **Lohnleichheit jetzt:** Die Lohndiskriminierung der Frauen ist ein Skandal, der nicht länger andauern darf. Ungleiche und tiefe Löhne führen zu tieferen Renten und Altersarmut speziell von Frauen und Migrant/-innen. Betriebe müssen die Lohnleichheit sozialpartnerschaftlich und unter staatlicher Aufsicht überprüfen. Betriebe, welche die Lohnleichheit missachten, müssen sanktioniert werden. Zudem muss das Recht gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit politisch durchgesetzt werden. Es müssen staatliche und wo möglich paritätische Kontrollen eingeführt werden.
- **Respekt:** Null-Toleranz gegenüber Sexismus, sexueller Belästigung und LGTBIQ+-Phobie. Zu Hause, im öffentlichen Raum, in der Ausbildung und im Erwerbsleben müssen gesetzte Grenzen respektiert werden. Die Arbeitgeber stehen in der Pflicht und müssen in den Betrieben wirksame Präventionsmassnahmen einführen (Nulltoleranz-Regel, Reglement, Anlaufstellen bzw. geschulte und neutrale Vertrauenspersonen). In den GAV werden Schutzvorkehrungen vereinbart. Wer sexuelle Belästigungen nicht bekämpft, wird sanktioniert.
- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie:** Ein Recht auf einen bezahlbaren bzw. für Wenig-Verdienende unentgeltlichen Platz in der familienbegleitenden Kinderbetreuung und ein Recht auf bezahlte Elternzeit/Betreuungszeit für Angehörige. Die Unternehmen müssen sich an der Schaffung von Betreuungsplätzen beteiligen, was auch in den Gesamtarbeitsverträgen thematisiert wird. Abbau der Sonntags- und Nachtarbeit. Mehr Autonomie für die Arbeitnehmenden bei der Arbeitszeitgestaltung statt Arbeitszeitderegulierung nach dem Gusto der Arbeitgeber. Wenn flexible Arbeitsmodelle, dann müssen diese der besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Familie/Privatleben dienen.
- **Gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit auf Frauen und Männer.** Reduktion der Normalarbeitszeit um mindestens 20% bei vollem Lohnausgleich. Die Einführung und Absicherung eines neuen Normalarbeitszeitstandards (4-Tage-Woche bzw. 8-Stunden-Tag) und von stärkeren Zeit-Verfügungsrechten der Arbeitnehmenden (Ferien, Joker-Tage, Recht auf vorübergehende Pensumsreduktion und Aus- bzw. Weiterbildungszeiten etc.) sollen verhindern, dass Arbeitszeitverkürzungen zu einer schädlichen Arbeitsverdichtung führen. Forderungen nach Arbeitszeitverlängerungen und -flexibilisierungen im Rahmen von GAV-Verhandlungen bekämpft die Unia konsequent. Unbezahlte Arbeit soll aufgewertet werden und muss zu Ansprüchen in den Sozialversicherungen führen, damit sich Familienpflichten positiv auf staatliche Leistungen und Renten auswirken. Lohnausfälle, die im Zusammenhang mit familiären Erziehungs- und Pflegepflichten entstehen, sind im Rahmen einer allgemeinen Erwerbsversicherung auszugleichen.

- **Aufwertung der essenziellen Dienstleistungsberufe und gute Arbeitsbedingungen für qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen:** Insbesondere mehr und anständig bezahltes Betreuungspersonal in Kitas und Tagesschulen sowie Pflegepersonal in Spitälern und Heimen. Regulierte Arbeitsbedingungen durch flächendeckende AVE-GAV, die hohe Standards in der Pflege & Betreuung sicherstellen, sowie eine faire Finanzierung durch die öffentliche Hand. Unterstellung des Betreuungspersonals von Angehörigen im privaten Haushalt unter das Arbeitsgesetz. Stopp der Privatisierungen im Care-Bereich. Aufwertung der gesellschaftlich unverzichtbaren Arbeit in Verkauf, Logistik, Reinigung usw.
- **Gesetzlicher Mindestlohn:** Die Covid-Krise hat besonders deutlich gezeigt, dass in der Schweiz viele «Working Poors» arbeiten. Frauen und Migrant:innen sind davon besonders häufig betroffen. Um dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit endlich näher zu kommen, muss dringend ein gesetzlicher Mindestlohn auf Bundesebene von mindestens 4'000 Franken x 13 resp. von 25 Franken pro Stunde festgelegt werden.

## Positionspapier 3 (Zukunftssicherung)

### «Ökosozialer Umbau!»

Der ökosoziale Umbau unserer Produktionsweise ist das Zukunftsprojekt schlechthin. Eine Wirtschaft, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Wir verstehen sie als integriertes gesellschaftliches Projekt des ökosozialen Umbaus. Die soziale Säule garantiert Klimagerechtigkeit und führt zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstands und Lebenschancen sowie zur Vollbeschäftigung. Die ökologische Säule garantiert die CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2030. Sie darf nicht zu Lasten der Lohnabhängigen und sozial Schwachen gehen.

Die Covid-Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt, dass globale Bedrohungen zwar einer global koordinierten Antwort bedürfen; aber um die Gefahr abzuwehren, dürfen wir nicht zuwarten. Wir müssen hier und jetzt handeln.

Wir fordern:

- **Eine deutliche Reduktion der Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für die unteren und mittleren Einkommen.** Sie ist die Grundlage für die angestrebte Vollbeschäftigung, für eine rasche und direkte Reduktion des ökologischen Fussabdruckes und insbesondere des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, für eine gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, für eine Verschiebung der Produktivitätsgewinne vom Kapital zur Arbeit und für den Schutz der körperlichen und psychischen Gesundheit der Arbeitnehmenden. Dies soll sicherstellen, dass der ökologische Umbau nicht auf Kosten der Beschäftigten umgesetzt wird.
- **Eine ökologisch und sozial verträgliche Raumplanung und Arbeitsorganisation:** Verdichtung, Durchmischung und genossenschaftliches Bauen sind zu fördern. Für alle bezahlbares Wohnen und Arbeit gehören näher zusammen, um Verkehr zu vermeiden. Die Unternehmen müssen für nachhaltige Transportmöglichkeiten sorgen.
- **Ein Recht auf Arbeit.** Niemand wird zurückgelassen. Die öffentliche Hand garantiert sinnvolle, ökologische und sozial nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten. Wo Arbeitsplätze künftig verschwinden werden, müssen schon jetzt Alternativen entwickelt und Investitionen in nachhaltige und menschenwürdige Arbeitsplätze *sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten* entlang der gesamten Wertschöpfungs- oder Lieferkette ausgelöst werden. Die Arbeitnehmenden müssen über entsprechende sozial flankierte Investitions- und Konversionsprogramme in den Betrieben und Branchen mitbestimmen.
- **Ein Recht auf Bildung und lebenslange Weiterbildung:** Eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Fachkräfte der künftigen öko-sozialen Care-Gesellschaft muss sofort in Angriff genommen werden.
- **Gesamtarbeitsverträge und Arbeitsgesetzgebung im Dienst des ökosozialen Umbaus.**
- **Eine wirksame CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe,** welche vollständig und sozial, das heisst umgekehrt proportional zum Einkommen oder zum Vermögen, rückverteilt wird, sowie weitere sozial verträgliche Anreize für den Umstieg auf eine nachhaltige Lebensweise.
- **Eine Offensive zur Reduktion unseres Energieverbrauchs und die Umstellung der Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energien** bis 2030 (v.a. Solar, ergänzend Wind, Wasser, Speichertechniken) sowie die Dekarbonisierung des Privatverkehrs, des

Gütertransportes, des Flugverkehrs und der Bauten. **Der ökologische Wandel in den Bereichen Bau und Verkehr muss rasch erfolgen und zu diesem Zweck müssen tausende von Fachpersonen ausgebildet werden.**

- **Es braucht öffentlich finanzierte Investitionen für**
  - Projekte der Photovoltaik und weiterer Alternativenenergien
  - die Unterstützung nachhaltiger Energieproduktion in privaten Haushalten
  - die Unterstützung, Schaffung und Administration von «grünen Jobs» durch die öffentliche Hand im Sinne eines Rechts auf Arbeit und für die Erreichung der Vollbeschäftigung.
- **Der Finanzplatz Schweiz muss zur Desinvestition aus fossilen Wirtschaftsbereichen gezwungen werden.** Pensionskassen sind dabei besonders in die Pflicht zu nehmen.
- **Nur ein starker Service Public kann den ökosozialen Umbau bewerkstelligen.** Die öffentliche Hand muss auf den Feldern der nachhaltigen Energie- und Güterproduktion, der Mobilität und der Logistik produktive Investitionen tätigen. Dies trägt zu einer Produktion bei, die an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung und an Nachhaltigkeitskriterien orientiert ist und so mit Ressourcenverschwendung und privatwirtschaftlicher Profitmaximierung bricht.
- **Gesundheit vor Profit:** Die Klimakrise gefährdet auch die Gesundheit. Arbeitnehmende, die tagtäglich harte Arbeit im Freien leisten und zunehmend unter extremen klimatischen Bedingungen leiden. Ihre Arbeitszeiten müssen ohne Lohnverlust reduziert und angepasst werden.
- **Für die Erzeugung von Qualitätsprodukten nahe bei den Herstellern und Verbrauchern.** Die Qualität und Langlebigkeit von Gütern und Produkten sind essenziell. In Zukunft werden auch kürzere Transportwege von Werkstoffen und Produkten entscheidende Faktoren sein. Der **Preis für** Warentransporte muss die Infrastruktur-, CO<sub>2</sub>- und Umweltkosten decken.
- **Die multinationalen Unternehmen müssen sich an den gemeinsamen Anstrengungen mittels einer Finanzierung des ökosozialen Wandels durch die Kapitalerträge beteiligen.**

## **Positionspapier 4 (Öffentliche Gesundheit, Grundrechte, Bildung, Demokratie, Anti-Diskriminierung und Teilhabe am Fortschritt)**

### **«Solidarisch aus der Krise»**

Die Covid-Pandemie hat die Schattenseiten des kapitalistischen Weltsystems schonungslos offengelegt. Es ist kein Zufall, dass sie die armen, diskriminierten und an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Bevölkerungsgruppen am stärksten getroffen hat. Das ist die Folge des entfesselten neoliberalen Profitdenkens und der damit verbundenen Entmenschlichung der Arbeitswelt in den letzten 30 Jahren. Es schwächt das öffentliche Gesundheitswesen und die Systeme sozialer Sicherheit, macht viele Menschen arm und verletzlich, vertieft die sozialen Gräben, gefährdet Demokratie und Grundrechte und zerstört die Umwelt.

Die Pandemie und ihre schlimmen Folgen sind so gesehen Symptome eines kranken Systems. Es geht jetzt nicht einfach darum, das Hamsterrad von Ausbeutung und übermässigem Konsum wieder in Schwung zu bringen. Aus der Krise führt nur ein Weg – der Weg der Solidarität und Gleichberechtigung. Ohne Diskriminierungen und Stigmatisierungen auf Grund von Geschlechtsidentität, Alter, geografischer oder sozialer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Erscheinung sowie körperlichen bzw. geistigen Beeinträchtigungen. Es braucht einen radikalen Politikwechsel, der die Bedürfnisse aller Menschen, ihre Arbeit und ihre Rechte ins Zentrum stellt. Unsere Gesellschaft muss den Menschen als solchen betrachten und nicht als wirtschaftliche Anpassungsvariable!

Wir fordern:

- **Leben und Tod dürfen kein Preisschild haben.** Gleicher Zugang zu medizinischer Hilfe für alle Menschen mit einem starken öffentlichen Gesundheitssystem und bezahlbaren, sozial finanzierten Krankenkassenprämien sind ein zentrales Grundrecht.
- **Keine Arbeit, die die Menschen krank macht!** Der physische und psychologische Druck am Arbeitsplatz wird immer grösser. Trotz fortgeschrittenen Kenntnissen setzen tendenziell immer noch zu viele Industriebereiche gesundheitschädigende Techniken oder Produkte ein. Es muss eine echte Arbeitsmedizin mit den damit einhergehenden Mitteln eingeführt werden und diese Forderung muss bei jeder Vertragserneuerung vorgebracht werden. Sowohl physische als auch psychische Berufskrankheiten, müssen von der Unfallversicherung vollumfänglich anerkannt werden. Nötig ist dabei eine Umkehr der Beweislast, wobei der Arbeitgeber nachweisen muss, dass er seiner Verantwortung für die Bereitstellung eines der psychischen und physischen Gesundheit zuträglichen Arbeitsumfelds nachgekommen ist, und andernfalls sanktioniert wird.
- **Grundrechte und -freiheiten sind unteilbar.** Die Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Geschlechtsidentität, Alter, geografischer oder sozialer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Erscheinung sowie körperlichen bzw. geistigen Beeinträchtigungen in Politik und Gesellschaft muss endlich gewährleistet werden. Dazu gehört auch ein Grundrecht auf Bildung und lebenslange Weiterbildung, dass allen eine Chance zur Teilnahme am sozialen und politischen Leben gewährt. Zu diesem Zweck müssen die politischen Rechte auf alle Personen ausgeweitet werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 5 Jahren in der Schweiz wohnhaft sind.

- **Demokratie und soziale Gerechtigkeit gehen Hand in Hand.** Ein starker Service Public und widerstandsfähige Sozialversicherungen sichern das Grundrecht auf eine menschenwürdige Existenz und die gleiche Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft. Sie müssen über ein gerechtes Steuersystem finanziert werden, das überbordende Managerlöhne, Kapitalgewinne und die Vermögen der Superreichen abschöpft.
- **Die Krise darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmenden gehen.** Die Firmen, die während der Corona-Krise Kredite und Kurzarbeitsentschädigung für ihre Arbeitnehmende erhielten, dürfen diese jetzt nicht einfach entlassen. Zudem ist eine 80% Kurzarbeitsentschädigung vor allem für weniger Verdienende zu wenig. Die Kurzarbeitsentschädigung für Löhne bis zu SFr. 5000 netto muss auf 100% des Lohnes erhöht werden.
- **Stopp Rassismus und Fremdenfeindlichkeit:** Die Schweiz ist eines der reichsten Länder – auch dank dem Beitrag von Menschen ohne Schweizer Pass. Eine weltoffene Migrationspolitik und eine humanitäre Flüchtlingspolitik muss eine Selbstverständlichkeit sein. Die Schweiz muss mehr Geflüchtete aufnehmen und ihnen menschliche Lebensbedingungen, Rechtssicherheit und ein faires Aufnahmeverfahren garantieren. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben bei uns keinen Platz. Das gilt namentlich auch in der Arbeitswelt; die Unternehmen müssen dies mit wirksamen Präventionsmassnahmen sicherstellen.
- **Sicherer Aufenthaltsstatus:** Zudem braucht es einen sicheren Aufenthaltsstatus für alle in der Schweiz wohnhaften Menschen. Die Unia startet darum eine Kampagne mit dem Ziel, die Arbeitnehmendenrechte von ausländischen Kolleg:innen und Mitbürger:innen durch mehr Aufenthaltssicherheit zu stärken bzw. Verschlechterungen z.B. im Rahmen der Umsetzung des neuen AIG abzuwenden. Mehr Aufenthaltssicherheit haben gerade auch Sans-Papiers nötig. Die Unia unterstützt daher Regularisierungsprojekte nach dem Vorbild des Genfer «Papyrusprojekts» in allen Regionen
- **Wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Entwicklungen** müssen so genutzt werden, dass sie die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie deren Vereinbarkeit verbessern. Digitalisierung und anderen technologischen Fortschritte dürfen die lebendige Arbeit nicht entwerten. Die mit ihnen erzielten Produktivitätsgewinne gehören allen Menschen und müssen an die Arbeitnehmenden in Form von besseren Löhnen, Arbeitszeitreduktion und für alle zugänglichen Berufsbildungsmassnahmen weitergegeben werden. Digitalisierungstechnologien dürfen nicht als Instrument der Herrschaft missbraucht werden. Wir sagen Nein zum Überwachungsstaat und verlangen, dass die Macht der globalen Technologiekonzerne gebrochen wird.

In den kommenden vier Jahren setzen wir im Rahmen des SGB diesen konkreten Schwerpunkt: Um die zentrale Bedeutung der Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmenden für die Krisenbewältigung zu unterstreichen, setzen wir uns ein für ein Recht auf eine sinnvolle Beschäftigung für alle und für eine bessere Verteilung der Arbeit, so dass ein Leben in Würde garantiert wird.